

Kommentare. Berichte. Analysen.

**BDS.**

[www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de)

Mai 2018

# Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



## Leistungsträger werden demotiviert

Jürgen Aretz beklagt ignorante Behandlung des Mittelstandes



**BranchenLösungen**  
leben.

Branchen im Fokus.

**Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.**

#### **Sie sind Arbeitgeber?**

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

#### **Sie sind Arbeitnehmer?**

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:  
[business.allianz.de/branchenloesungen](https://business.allianz.de/branchenloesungen)

**Allianz** 

# Habemus Mamam!

von BDS-Präsident Günther Hieber

Da endlich, möchte man sagen, steigen aus dem Bundestag schwarz-rote Wölkchen in Rautenform auf, die uns signalisieren, dass das Konklave nach 171 Tagen Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt hat. Was die wenigsten wollten, nämlich die Fortsetzung der Vorgängerregierung, ist eingetreten. Dazu muss man Demokratie begreifen und verstehen. Sie wählen alle vier Jahre eine Partei, weil Sie wollen, dass die andere Partei nicht regiere. Ein anderer Teil der Bevölkerung wählt die andere Partei, weil sie wollen, dass die eine Partei nicht regiere. Einig sind sich beide Lager in der gegenseitigen Ablehnung der Regierungsfähigkeit – und der Verantwortung. Deshalb koalitiert man dann erneut, weil man so den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden hat. Das Ganze gießt man dann in Schriftform, Koalitionsvertrag genannt. Da die auseinanderstrebenden Pole so stark sind, dass der Zusammenhang per se schon gefährdet genug erscheint, belässt man es im Koalitionsvertrag bei Absichtserklärungen, Planvorhaben, kurzum im Rahmen des Unverbindlichen. Bei einer derartigen Konstellation ist ein kinetischer Stillstand zwangsläufig. Dabei haben sich nicht nur in den letzten 171 Tagen Probleme aufgetürmt, die einer erklärenden Haltung der neuen Bundesregierung bedürfen. Natürlich

spreche ich hier in erster Linie die sogenannte Flüchtlingskrise an. Es hat doch gar keinen Zweck, die Situation schön zu reden. Das Asylrecht ist durch das Grundgesetz und durch die internationalen Vereinbarungen geschützt und darf nicht angefasst werden. Wenn aber von den Asylverfahren lediglich unter fünf Prozent erfolgreich sind, muss die Frage nach der Lösung für die restlichen 95 Prozent angesprochen werden, will man nicht die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit bei der eigenen Bevölkerung untergraben. Mit der Antwort „Abschieben“ macht man es sich zu leicht. Unter den 95 Prozent gibt es durchaus fähige, integrationswillige Migranten. Nur, wir müssen eine Lösung finden, diese herauszufiltern. Dazu bedarf es einer klar strukturierten und normierten, das heißt in Gesetzesform gefassten, Einwanderungspolitik. Ich habe meine Zweifel, ob dies der neuen Re-

gierung mit ihrer unterschiedlichen Auffassung zur Migration gelingen wird. Seit Januar 2017 ist ein neuer amerikanischer Präsident im Amt. Spöttisch belächelt und als „Donald Duck“ der Politik abqualifiziert, lässt dieser „republikanische Elefant im Porzellanladen“ doch tatsächlich Taten folgen und legt den Finger in die handelspolitischen Wunden. (Der Elefant ist keine Herabwürdigung des Präsidenten, handelt es sich doch um das Wappentier der Republikaner). Es macht wenig Sinn, sich mit gegenseitigen Droh- und Vergeltungsmaßnahmen hoch zu schaukeln, auch wenn der Stil des amerikanischen Präsidenten zu erhöhtem Blutdruck führt. Strafzölle auf Orangen, Erdnussbutter und Motorräder sind eine wirklich beeindruckende

Antwort der EU. Lieber wäre mir eine Bestandsaufnahme durch die Politik, bei welchen Produkten man zolltechnisch gegenseitig nachjustieren muss, oder wie man Produktionen umverlagert. Es ist doch unsinnig, in Tuscaloosa produzierte SUV nach Deutschland zu verschippen und im Gegenzug in Deutschland produzierte Premiumlimousinen nach Amerika. Wahrscheinlich steht aber hinter dem Vorhaben des Präsidenten eine ganz andere Stoßrichtung. Bei der politischen Schwäche der EU, die sich in der Uneinigkeit bei der Migrationsfrage gezeigt hat, setzt Trump darauf, dass diese Uneinigkeit sich im Handelskonflikt fortsetzt und vielleicht sogar zur Bedeutungslosigkeit der EU als Wirtschaftsmacht führt. Man kann dieses Vorhaben als Filetierung der EU bezeichnen. Die Chancen stehen meines Erachtens nicht schlecht. Es zeigt sich deutlich, dass diese EU, aufgebaut auf einer wirtschaftlichen Doktrin „das wird schon, wenn es allen gut geht“, ein gewaltiger Trugschluss war. Es fehlt schlichtweg der ideologische Unterbau eines akzeptierten und von allen bejahten Staatsgebildes. Für diese Regierung sind dies wahrlich schwierige Aufgaben, im Inneren, wie auch im europäischen Kontext, Lösungen zu finden. Wäre ich Pessimist, würde ich jetzt sagen: Wir schaffen das. ■

## Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen



## IMPRESSUM

### Der Selbständige

ISSN 0946-3224  
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband  
Hrsg.: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer  
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

### Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:  
Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Internet: www.bds-dgv.de  
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

# Hier fängt Ihr Urlaub an!

**E**rleben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnung.

Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere - und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafengebiete, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

## Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne <b>ab 54,00 EUR / Nacht</b></p>	<p><b>Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss</b> <b>DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</b></p> 
	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne <b>ab 48,00 EUR / Nacht</b></p>	<p><b>Ferienwohnung Anita II Obergeschoss</b> <b>DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</b></p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne <b>ab 60,00 EUR / Nacht</b></p>	<p><b>Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss</b> <b>DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen,</b></p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne <b>ab 60,00 EUR / Nacht</b></p>	<p><b>Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss</b> <b>DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</b></p> 

Alle Objekte unter [www.vermietung-norddeich.de](http://www.vermietung-norddeich.de)

### Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann  
Alter Fischerspfad 5, 26506 Norden - Norddeich  
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78  
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: [info@vermietung-norddeich.de](mailto:info@vermietung-norddeich.de)

### Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr - 13:00 Uhr  
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr  
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar  
(An- & Abreisen)

# Keine Antwort auf die großen Fragen

von Frank Schäffler MdB

**E**Mehr Staat – so lassen sich die Vorhaben der Großen Koalition zusammenfassen. Mit vielen kleinen und großen Verboten, Einschränkungen der Autonomie, Eingriffen in die Vertragsfreiheit, Subventionsprogrammen und neuen restriktiven Gesetzen verfolgt die GroKo genau das Gegenteil von dem, was wir in Deutschland gegenwärtig dringend bräuchten: Statt einer großen ordnungspolitischen Lösung bekommen wir wieder kleinteiliges Intervenieren.

Dass die Große Koalition weitere Eingriffe in die Vertragsfreiheit plant, wird wenige überraschen. Eine dringend notwendig gewordene Flexibilisierung und Modernisierung unseres aus der Zeit gefallenen Arbeitszeitgesetzes bleibt aus. Die zu hinterfragenden Zuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Empfänger finden keine einzige Erwähnung im 177-seitigen Papier. Eine erschreckend klare Botschaft gegen marktwirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten. Stattdessen wird es weitere Einschränkungen der flexiblen Beschäftigung geben.

In der Energiepolitik hält die Große Koalition nicht nur an den bestehenden Subventionsvorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien fest, sondern intensiviert diese noch dramatisch. So wird das ohnehin willkürlich festgesetzte EEG-Ausbauziel für 2030 von 55 Prozent auf 65 Prozent angehoben. Ein teurer Spaß für den privaten und betrieblichen Stromkunden.

Fatal ist zudem das Fehlen einer Position im Bereich des Freihandels. Die kommende Bundesregierung wird kein Garant für den Freihandel sein. Das signalisiert schon das fehlende

Bekenntnis zur Ratifizierung von CETA. Gerade dies wäre jedoch die einzig richtige Antwort auf das protektionistische Gebaren von US-Präsident Donald Trump, um einen drohenden Handelskrieg zu verhindern. TTIP scheint zudem gänzlich vom Tisch zu sein.

Im Interesse der deutschen Konsumentinnen und Konsumenten erwarte ich von der Bundesregierung auch in dieser Frage einen klaren Kurs: Öffnen wir unsere Märkte für andere und treten wir auf supra- oder internationaler Ebene offensiv

für den Wohlstands- und friedensstiftenden Freihandel ein. Im Falle eines Handelskrieges gäbe es am Ende nur Verlierer. Das gilt es zu verhindern.

Die Antwort der Koalitionäre auf die Chancen der Mobilität und Digitalisierung und die damit verbundenen alternativen Geschäftsmodelle ist verblüffend stumpf: Ein Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente muss her. Willkommen im 21. Jahrhundert. Für Frau Merkel scheint nicht nur das Internet Neuland zu sein, sondern offenkundig auch liberale Ordnungspolitik im Sinne von Ludwig Erhard!

Wo die Große Koalition agiert, agiert sie falsch – mehr Staat und Bürokratie, statt mehr individuelle Freiheiten und Eigenverantwortung, mehr Belastung statt ernstzunehmende Steuersenkungen. Eine Erneuerung des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems mit Entlastung durch Deregulierung und Entbürokratisierung, Privatisierungen und Flexibilisierungen im Arbeitsmarkt, ist nicht in Sicht. ■

## Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht



## Vor Ort in NRW

In unseren 3 Repräsentanzen in NRW, in Kooperation mit dem Beraternetzwerk.de betrieben werden, finden die Verbandsmitglieder fachkundigen Rat und Unterstützung vor Ort.

Ihre regionalen Ansprechpartner:

**Alexander Fillers**, Repräsentanz OWL,  
Kerkenbrock 26a, 33824 Werther, Tel.: 05203 / 91 85 51,  
Mail: alexander.fillers@bvmu.de

**Susanne Lücke**, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein, Im  
Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138,  
41066 Mönchengladbach, Tel.: 02161 / 60 11 00,  
Mail: susanne.luecke@bvmu.de

**Claus Heitzer**, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein,  
Im Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138,  
41066 Mönchengladbach, Tel.: 02161 / 63 32 37,  
Mail: claus.heitzer@bvmu.de

**Jo Vorstadt**, Repräsentanz Köln/Bonn,  
Gut Groß-Mönchhof 2, 50129 Bergheim,  
Tel.: 02183 / 20 54 81 5, Mail: jo.vorstadt@bvmu.de

## Von Dr. Hugo Müller-Vogg

**W**ie gehen wir mit denen um, die aus unterschiedlichen Gründen nicht arbeiten können oder wollen? Gemessen an den Transferleistungen für Arbeitslose in anderen Ländern steht die Bundesrepublik nicht schlecht da. Doch seit der „Agenda“-Politik von Rot-Grün wird hierzulande heftig darüber gestritten, wie sozial oder unsozial dieses Land ist. Im Mittelpunkt steht das Arbeitslosengeld II alias Hartz IV. Es bekommt, wer nach dem Bezug des deutlich höheren Arbeitslosengeldes I noch immer keine Arbeit hat – und das gegebenenfalls lebenslanglich. Hartz IV ist – genau genommen – das deutsche Grundeinkommen.

Allerdings wird es nicht ohne Bedingungen gewährt, wie es Sozialromantiker im Verein mit den Vertretern der Sozialindustrie fordern. Der deutsche Sozialstaat „fordert“, dass die Empfänger dieser Transferleistung sich um Arbeit bemühen. Und er kürzt ihnen die Hartz IV-Leistungen, wenn sie mehr als 100 Euro im Monat hinzuverdienen.

Zurzeit beziehen 6,2 Millionen Menschen Hartz IV, davon – mit steigender Tendenz – 2,1 Millionen Zuwanderer. Von den 6,2 Millionen gelten 4,4 Millionen als erwerbsfähig; die anderen sind zu jung, zu alt oder zu krank. Von den 4,4 Millionen sind nur 1,2 Millionen berufstätig. Sie verdienen aber so wenig, dass der Staat ihren Verdienst auf die Höhe der Hartz IV-Sätze aufstockt. Allerdings arbeitet nur ein Viertel dieser „Aufstocker“ in Vollzeit. Die überwiegende Zahl stockt nicht auf, weil sie so wenig verdient, sondern weil sie so wenig arbeitet. Das ist häufig bei alleinerziehenden Frauen der Fall, die der Kinder wegen keine Vollzeitstelle antreten können. Fast 400.000 Aufstocker sind jedoch Mini-Jobber, die etwas arbeiten und den überwiegenden Teil ihres Einkommens vom Staat beziehen.

Sind Hartz IV-Bezieher arm, wie landläufig suggeriert wird? Oder verhindert der Staat mit Hartz IV nicht, dass Menschen ohne Arbeit in echte Armut abgleiten, also hungern müssen oder sich keine Wohnung leisten können? Vor diesem Hintergrund



**Hugo Müller-Vogg** war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

vollzieht sich die aktuelle Hartz IV-Debatte. Die einen fordern 60 bis 120 Euro mehr für jeden Hartz IV-Bezieher. Andere fordern den Ersatz von Hartz IV durch ein „bedingungsloses Grundeinkommen“. Das heißt: Der Staat zahlt jedem monatlich 1000 oder 1500 Euro. Und jeder entscheidet frei, ob er arbeiten oder sich von den Arbeitenden ernähren lassen möchte. Es wäre das Paradies für Arbeitsscheue und „Selbstverwirklichter“.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat einen anderen Vorschlag gemacht. Der Staat – insbesondere die Kommunen – sollen Hartz IV-Empfänger zu Arbeiten heranziehen, die irgendwie ganz nützlich wären, von der öffentlichen Hand aber angeblich nicht finanziert werden können: etwa Hilfs-Hausmeister in Schulen, Helfer bei der Hausaufgabenüberwachung, Babysitter, Haushaltshilfen, Pflegehelfer. Sie sollen monatlich 1500 Euro bekommen, was dem Mindestlohn bei Vollzeit entspricht. Müller nennt das „solidarisches Grundeinkommen“.

Die Debatte ist emotional aufgeladen, weil Gesundheitsminister Jens Spahn es gewagt hat, Hartz IV als das zu bezeichnen, was es ist: ein Instrument zur Verhinderung echter Armut. Wenn Emotionen im Spiel sind, geht in der Debatte vieles drunter und drüber. Hier der Versuch einer Einordnung unterschiedlichster Fakten und Argumente.

**Größte Sozialreform seit der Wiedervereinigung:** Die Hartz-Gesetze waren nicht nur Bestandteil der größten und mutigsten Sozialreform seit 1990, der „Agenda 2010“. Sie haben auch dazu beigetragen, dass sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 mehr als halbiert und die Zahl der Beschäftigten neue Höchststände erreicht hat. Was gerne übersehen wird: Die Schere zwischen Arm und Reich, die zwischen 1995 und 2005 auseinander gegangen war, hat sich seitdem nicht vergrößert.

**Der hohe Preis der SPD:** Für die Schröder-sche Reformpolitik hat die SPD einen hohen Preis gezahlt. Die Hartz-Gesetze führten letztlich zur Ausdehnung der damaligen PDS nach Westen und zur Abwahl von Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2005. Die Grünen hingegen werden mit Hartz IV nicht in Verbindung gebracht, obwohl sie genauso beteiligt waren wie die SPD.

**Die Union als Profiteur:** Die Hartz-Gesetze entfalteten ihre positive Wirkung während der ersten Kanzlerschaft Angela Merkels. Man kann sagen: Die CDU/CSU hat davon am meisten profitiert. Geholfen hat ihr dabei das irritierende Verhalten der SPD. Statt die arbeitsmarktpolitischen Erfolge selbstbewusst für sich zu reklamieren, erwecken große Teile der SPD noch immer den Eindruck, sie schämten sich für diese Politik.

**Keine Armut per Gesetz:** Die Linke alias PDS hat Hartz IV von Anfang an als „Armut per Gesetz“ bekämpft. Das zeigte Wirkung, obwohl die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Eine vierköpfige Hartz IV-Familie kommt einschließlich der vom Staat übernommenen Kosten für die Wohnung auf netto rund 2000 Euro; da sind Vergünstigungen wie der Wegfall der GEZ-Gebühr oder verbilligte Bahnfahrten oder Zoo-Besuche noch nicht berücksichtigt. Ein Alleinverdiener muss mehr als 2500 Euro brutto verdienen, um auf Hartz IV-Niveau zu kommen. Erst das Kindergeld hebt den Arbeitenden über das Transferviveau. Allerdings muss er – anders als der Hartz IV-Empfänger – sich davon eine Wohnung leisten und das Risiko von Mieterhöhungen selbst tragen.

# Je höher Hartz IV, umso mehr Hartz IV-Empfänger

**Mediale Klageweiber und -männer:** Wer Hartz IV mit Armut gleichzusetzen versucht, findet in den Medien – vor allem in den öffentlich-rechtlichen – willige Helfer. Sie suggerieren, die „Hartzler“ müssten mit 416 Euro im Monat auskommen. Die weiteren Leistungen wie Übernahme von Miet- und Heizkosten oder der Krankenversicherungsbeiträge werden – bewusst – verschwiegen oder allenfalls am Rande erwähnt.

**Ausgerechnet Berlin:** Keine andere Großstadt wird so ineffizient verwaltet wie die Hauptstadt. Ausgerechnet deren Ober-Verwalter Müller, seit langem eine der Schlüsselfiguren in der Berliner Politik, will nun dem ganzen Land erzählen, wie man den Arbeitsmarkt bundesweit effektiver organisieren könnte. Der Mann scheint Humor zu haben.

**Solidarisches Grundeinkommen – eine Moglepackung:** Was Müller propagiert und von Teilen der SPD begeistert aufgenommen wird, ist in Wirklichkeit ein alter Hut. Anders formuliert: Müller will die wegen Erfolglosigkeit abgeschafften Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter neuem Label wiederbeleben. Zugleich rechnet er selbst nur mit 150.000 Langzeitarbeitslosen, die auf diese Weise beschäftigt werden können. Mit der Abschaffung von Hartz IV hat das wirklich nichts zu tun.

**Schwervermittelbare als Babysitter:** Müller will solchen Menschen helfen, die unter mehreren Handikaps leiden. Sie sind kaum qualifiziert, finden wegen notorischer Unzuverlässigkeit, wegen Krankheit oder Suchtproblemen keinen Job. Und diese Leute sollen soziale Dienste übernehmen, wo sie mit hilfsbedürftigen Menschen oder Kindern zu tun haben? Da muss man wohl über den spezifischen Berliner Humor verfügen, um das gut zu finden.

**Die Kommunen wollen die neuen Mitarbeiter nicht:** Städte und Gemeinden waren schon zu ABM-Zeiten die wichtigsten Arbeitgeber für ehemalige Langzeitarbeitslose. Sie machten schlechte Erfahrungen. Die so „Beschäftigten“ erwiesen sich häufig als unwillig oder unfähig. Leisteten die ABM-ler aber gute Arbeit, dann traten die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften in Konkurrenz zu Handwerksbetrieben und Dienstleistern, die ohne Subvention ihre Leistungen teurer anbieten mussten. Kein Wunder also, dass die Kommunen von den neuen Hilfs-Hausmeistern nichts halten.

**Hartz IV muss bleiben – aber anders:** Nüchtern betrachtet gibt es für Hartz IV keinen vernünftigen Ersatz; das „solidarische Grundeinkommen“ ist jedenfalls keine Alternative. Eine pauschale Erhöhung der Hartz IV-Sätze – sagen wir um 50 oder 100 Euro im Monat –, würde wenig ändern. Auch der

neue, höhere Satz würde von den üblichen Verdächtigen alsbald als „unverantwortlich niedrig“ gebrandmarkt. Zudem würden höhere Sätze es noch unattraktiver machen, im Niedriglohnbereich eine Vollzeitstelle anzutreten. Zudem kämen viele in den Genuss staatlicher Aufstockung, die heute mit harter Arbeit nur wenig mehr zur Verfügung haben als nicht arbeitende „Hartzler“. Auch wenn es verrückt klingt: Je höher der Hartz IV-Satz, umso mehr Hartz IV-Bezieher gibt es.

Der entscheidende Fehler bei Hartz IV liegt in der „Bestrafung“ solcher Menschen, die versuchen, zusätzlich zur Transferleistung Geld zu verdienen. Bis zu 100 Euro im Monat läßt der Staat zu. Was darüber hinausgeht, wird zu 80 Prozent mit der staatlichen Leistung verrechnet. In vielen Fällen bedeutet das: Leistung lohnt sich nicht. Noch schlimmer: Leistung wird bestraft.

Das Prinzip des „Fordern und Fördern“ ist und bleibt richtig. Der Staat muss versuchen, die Unbeschäftigten zu qualifizieren, um ihre Chancen am „richtigen“ Arbeitsmarkt zu erhöhen. Er muss auch darauf bestehen, dass alle, die von der Allgemeinheit leben, auch solche Tätigkeiten annehmen, die nicht gerade attraktiv sind. Aber der Staat muss vor allem die fördern, die sich aus ihrer Lage herausarbeiten können und wollen. Deshalb brauchen wir keine Scheinbeschäftigungen à la Müller und keine höheren Hartz IV-Sätze. Wir brauchen eine Hartz IV-Reform, die den Arbeits- und Leistungswilligen den Weg frei macht. ■

Anzeige

FLEETCOR®



Autorisierter Shell Tankkartenpartner

**Exklusiv für BDS Mitglieder:**

**Jetzt Partnerkonditionen**

**für die euroShell Card sichern**

**Bis zu 5\* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin**

**mit dem Aktionscode BDS2017**

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**

**FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg**

(\*Angebot gilt nur für Neukunden)



# Leistungsträger werden demotiviert

Jürgen Aretz beklagt ignorante Behandlung des Mittelstandes

**D**er CDU-Politiker Dr. Jürgen Aretz war Ende der 80er Jahre im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen für Grundsatzfragen zuständig. 1990 nahm er an den Verhandlungen über den Einigungsvertrag teil. Von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde er zum Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt berufen. Ab 1999 war er Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Als Beauftragter der Landesregierung für Restitutionsfragen konnte er umfassende gütliche Einigungen mit den

betroffenen Adelshäusern abschließen und so die Kunstgüter u.a. in Weimar, Gotha und auf der Wartburg für das Land sichern. 2004 wechselte er in das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, wo er Wirtschaftsstaatssekretär vor allem für den Bereich Mittelstand (KMU) zuständig war. Von 2007 bis 2011 leitete er als Generalbevollmächtigter der Thüringer Aufbaubank deren Repräsentanz in Brüssel.

Dr. Aretz ist Historiker und hat zahlreiche wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht.

**?** Bundesinnenminister Seehofer hat die Debatte neu entfacht, ob der Islam zu Deutschland gehört. Nach Umfragen stimmen 80 Prozent der Befragten Seehofers Ansicht zu, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Gleichwohl hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung Seehofer für seine Islam-Aussage gerüffelt. Ein einmaliger Vorgang. Sind diese unüberbrückbaren Gegensätze in der Migrationspolitik nicht die Achillesferse der Großen Koalition?

**Jürgen Aretz:** Das ist weniger die Achillesferse der Großen Koalition als ein Problem der deutschen Politik schlechthin. Aus Umfragen wissen wir, dass selbst bei den Wählern der Grünen die Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, keine Mehrheit findet. Das ist eher eine Position von Berufspolitikern, Funktionären und bestimmten Intellektuellen, die einen privilegierten Zugang zu den Medien haben. Fast zwei Drittel der Menschen in diesem Lande stimmen der Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, nicht zu.

Die Formulierung der Aussage ignoriert freilich Entscheidendes. Was bedeutet eigentlich „dazugehören“? Bedeutet das: von alters her, soziokulturell und politisch prägend, also Teil der eigenen Identität, oder bedeutet das lediglich präsent sein in Gestalt von Menschen? Und welcher Islam ist gemeint? Der (Mehrheits-)Islam, der Frauen als Menschen minderen Rechts betrachtet, Homosexuelle bestraft – bis hin zur Todesstrafe – oder „der“ Islam, der uns in Deutschland in Gestalt aufgeklärter und integrierter Muslime gegenübertritt? Übrigens: Muslime werden keineswegs nur von Islamophoben angegriffen. Dasselbe widerfährt aufgeklärten Muslimen. Sie werden allerdings

von einer muslimischen Mehrheit attackiert und verfolgt, weil ihre Überzeugungen als „unislamisch“ gelten.

**?** Wie beurteilen Sie Merkels Haltung, die sich offen gegen die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung richtet? Hält sich Merkel für sakrosankt?

**Jürgen Aretz:** Dass sich die Pfarrerstochter Angela Merkel für sakrosankt hält, glaube ich nicht. Aber ich fürchte, weder sie noch ihre Umgebung haben sich mit der Fragestellung in einer Weise auseinandergesetzt, die sich um (Er-)Kenntnisgewinn bemüht. Eine seriöse Begründung ihrer Position hat Frau Merkel bisher nicht geliefert.

**?** Auch die neue CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer hat sich öffentlich gegen Horst Seehofer gestellt. Diese Reaktion ist das Gegenteil von dem, was Kramp-Karrenbauer bei ihrem Amtsantritt versprochen hatte. Nämlich strittige und kontroverse Themen offen zu diskutieren.

**Jürgen Aretz:** Da möchte ich Frau Kramp-Karrenbauer in Schutz nehmen. Nachdem sich die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin in so dezidierte Weise festgelegt hat, können Sie von der Generalsekretärin kein politisch-suizidales Heldentum in Form einer öffentlichen Distanzierung erwarten.

**?** Wie bewerten Sie den Kompromiss von Union und SPD beim Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige?

**Jürgen Aretz:** Sie sprechen zu Recht von einem Kompromiss. Es gibt bekanntermaßen gute und schlechte Kompromisse. Die Qua-

lität des Kompromisses wird sich auch bei der Frage des Familiennachzuges in der Praxis erweisen. Und da gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Koalition, die ein hohes Spannungspotenzial mit sich bringen. Im Übrigen halte ich es für bedauerlich, dass in diesem Kontext ein negatives gesellschaftliches und politisches Klima zu konstatieren ist. Die unkontrollierte und in Teilen durch rechtswidriges Handeln ermöglichte Massenzuwanderung hat dazu geführt, dass mancherorts nicht mehr differenziert wird zwischen Menschen, die aus einer tatsächlichen Verfolgungssituation heraus bei uns Schutz suchen – z. B. verfolgte Christen – und solchen, die aus wirtschaftlichen Motiven kommen.

**?** Glauben Sie, dass Merkels stures Festhalten an ihrer Flüchtlingspolitik dazu angetan ist, enttäuschte CDU-Wähler, die zur AfD abgewandert sind, wieder in den Schoß von Mutter CDU zurückzuholen?

**Jürgen Aretz:** Wir müssen in diesem Punkt zwischen den Stammwählern der CDU und Wechselwählern unterscheiden. Aus der Wahlforschung wissen wir, dass bei allen Parteien die Mobilisierung der Stammwähler erste Voraussetzung für den Wahlerfolg ist. Es sollte die CDU-Führung daher nachdenklich stimmen, dass ihrer Partei so viele Stammwähler abhanden gekommen sind. Andere haben die Partei gewählt und dabei die Faust in der Tasche geballt. Nach Wahlen müsste es das Gebot der Stunde – und der politischen Klugheit – sein, sich (selbst-)kritisch mit dem Wählerverhalten auseinanderzusetzen. Wenn der Eindruck zugelassen wird, dass eigene Fehler nicht gesehen werden, ist das alles andere als ein guter Neubeginn. Man soll-

te das Gedächtnis der Menschen nicht unterschätzen, und so manche Faust, die in der Tasche geballt war, könnte beim nächsten Mal auf den Tisch hauen oder weniger bildlich zu einem Wahlkreuz an anderer Stelle führen. Der CDU kann ein ähnliches Schicksal drohen wie ihren Schwesterparteien in den Niederlanden oder Italien.

**?** Die AfD stellt im Bundestag Anträge, die wortwörtlich der CDU-Beschlussklage entsprechen. So zum Beispiel bei den Themen Grenzsicherung und Doppelpass. Dennoch werden diese Anträge durch die CDU gnadenlos abgeschmettert. Ist eine solche Verfahrensweise nicht unglaubwürdig und bewirkt, dass die AfD weiteren Zulauf bekommt?

**Jürgen Aretz:** Wer das Prinzip der innerparteilichen Demokratie nicht wirklich ernst nimmt und Parteitagbeschlüsse – wie zum Thema Doppelpass – ignoriert, und das auch noch demonstrativ, bringt sich selbst in eine solche Bredouille. Andererseits hat Hugo Müller-Vogg hat in der letzten Ausgabe dieses Magazins zutreffendes über die AfD ausgeführt: Sie sei „teils konservativ, teils völkisch, teils antisemitisch“. In der AfD gibt es zu viele, die unappetitliche Positionen vertreten und politische Rüpelkomödien aufführen. Ohne eine personelle und programmatische Selbstreinigung wird die AfD im Bundestag und den Landtagen Außenseiterin bleiben und keine Regierungsbeteiligung erreichen. Selbst wenn ihr diese Katharsis gelänge, bliebe die Frage, ob ihr dann nicht so viele Wähler und Anhänger von der Fahne gingen, dass eine unbedeutende Splitterpartei übrig bliebe.

**?** Der CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch befürchtet, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Europapolitik zu einer Transferunion führen wird, indem zum Beispiel der Europäische Stabilisierungsmechanismus (EFM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden soll. Teilen Sie die Befürchtungen von Klaus-Peter Willsch?



**Jürgen Aretz:** Leider kann ich Herrn Willsch nicht widersprechen. Sehr viel wird von dem neuen Bundesminister der Finanzen abhängen, Herrn Scholz. Er scheint in dieser Frage ja durchaus differenziertere Positionen zu vertreten als der irrlichternde SPD-Spitzenkandidat bei den Bundestagswahlen, von dem nur übrig geblieben ist, dass jetzt alle von der Existenz der Stadt Würselen wissen. Im Fußball sagt man: Die Wahrheit ist auf dem Platz. Für Herrn Scholz ist die Wahrheit in Brüssel. Warten wir ab, wie er den Begehrlichkeiten seiner EU-Kollegen gegenüber tritt.

**?** Wie bewerten Sie den heftig kritisierten Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Spahn zum Thema Hartz IV? Spahn hat sich auch mit den Abtreibungs-Protagonisten angelegt. Ein weiterer Knackpunkt innerhalb der Großen Koalition?

**Jürgen Aretz:** Herr Spahn hat mit seinen Äußerungen zu Hartz IV im Kern recht. Freilich ist dieses seinerzeit unter dem Kanzler Gerhard Schröder maßgeblich von Wolfgang Clement entwickelte Konzept in den letzten Jahren – auch unter Mitwirkung von CDU und FDP – in Teilen durchlöchert worden. Faktisch wird Hartz IV weithin als selbstverständliche Sozialleistung verstanden, und die dazu gehörenden Regeln werden als repressiv diffamiert. Aus dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ scheint im allgemeinen Verständnis ein Berechtigungsanspruch ohne Gegenleistung ge-

worden zu sein. Dass es bei Hartz IV auch Korrekturbedarf gibt, steht dieser Feststellung nicht entgegen. Aber der Grundsatz, dass der Leistung der Solidargemeinschaft auch die Erwartung und Notwendigkeit einer Gegenleistung gegenübersteht – jedenfalls dort, wo es möglich ist – muss offener und offensiver vertreten werden.

Und auch im Hinblick auf seinen Einwurf zum Thema Lebensschutz muss man Herrn Spahn dankbar sein. Viele in unserer Gesellschaft reduzieren dieses Thema doch auf ein „Recht auf Abtreibung“. Ein solches Recht gibt es nicht. In diesem Land gilt

es heute freilich oft schon als illiberal, wenn man auf das geltende Recht hinweist. Und danach bleibt die Abtreibung rechtswidrig; sie wird lediglich unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr bestraft. Am konsequenten Schutz des Lebens – vom ungeborenen Leben bis zum erlöschenden Leben – erweist sich, ob dieses Land tatsächlich zur Humanität gefunden hat.

**?** Sehen Sie den nur teilweisen Abbau des Solidaritätsbeitrages als verfassungskonform an?

**Jürgen Aretz:** Ich fürchte, mit diesem „Kompromiss“ wurde ein weiterer Beitrag dazu geleistet, die Glaubwürdigkeit der Politik zu untergraben. Allen Beteiligten ist doch klar, dass diese Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand mehr hätte.

**?** Auch die Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauches, wie durch die Mittelstandsvereinigung der CDU immer wieder gefordert, findet keine Berücksichtigung im Koalitionsvertrag. Wer heute das 1,6fache des Durchschnittsgehalts verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache. Bleibt da nicht die Gerechtigkeit auf der Strecke?

**Jürgen Aretz:** Die Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten. Das Ergebnis der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Entwicklung ist nicht nur unbillig. Dieses

Ergebnis verdient das schlimmste Prädikat, das politischem Handeln zuteil werden kann: Das ist ganz einfach dumm. So werden Leistungsträger demotiviert und der Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage gestellt. Alle Kundigen wissen doch – Deutschland lebt entscheidend von der Leistungsbereitschaft und der Leistungskraft seines Mittelstandes. Das geht weit über das Materielle hinaus. Denken wir nur im Bereich der mittelständischen Wirtschaft an deren Beitrag zur Ausbildung junger Menschen.

Die ignorante Behandlung des Mittelstandes ist ein Beispiel dafür, dass „die“ Politik allzu oft an den Fragen der Menschen und den wirklichen Herausforderungen vorbeigeht. Dass sich unser Land das leisten kann, erscheint sehr zwei-



Mit Dr. Jürgen Aretz sprach Rita Seiler

felhaft. Wenn die Verteidigungsministerin den Eindruck aufkommen lässt, dass die Präsentation von Uniformen für schwangere Soldatinnen wichtiger ist als die Re-

paratur von Fluggerät und Panzern, ist die Grenze zum Lächerlichen überschritten.

Vielleicht geht es uns zu gut. Wir haben uns an einen materiellen Standard gewöhnt, den es in Deutschland noch nie gegeben hat und der für viele im Ausland im wahrsten Sinne des Wortes anziehend ist. Unsere positive Entwicklung hält – historisch gesehen – schon ungewöhnlich lange an. Die Frage liegt nahe, ob wir gesellschaftlich und politisch überhaupt noch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es anders kommen könnte. Dabei zeigt der Blick auf bestimmte weltpolitische Ent-

wicklungen, dass unkalkulierbare Risiken drohen – politisch wie wirtschaftlich. Darauf, so hat es den Anschein, sind wir ganz und gar unvorbereitet. ■

**eset** ENJOY SAFER TECHNOLOGY™

## SICHERHEIT ALLE IHRE GERÄTE

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimierte für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv  
für BDS Mitglieder  
**10%**  
Vergünstigung auf  
ESET-Software



**K6** MEDIEN  
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

☎ (0231) 33874133  
☎ (0231) 33896183  
✉ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



# Was hat sich zum 1. Januar im Steuerrecht geändert?

**A**uch mit dem Jahreswechsel 2017/2018 wurden im Steuerrecht wieder wichtige inhaltliche und verfahrensrechtliche Änderungen wirksam. Das Bundesfinanzministerium hat unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de) eine detaillierte Übersicht der wesentlichen Neuregelungen zusammengestellt. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um folgende Änderungen:

## Entlastung von Familien u. Arbeitnehmern

2018 werden die Steuerpflichtigen um 4,1 Milliarden Euro entlastet. Davon profitieren insbesondere Familien und Arbeitnehmer. Folgende steuerliche Entlastungen wird es geben:

- Anhebung des Grundfreibetrags von jetzt 8 820 Euro um 180 Euro auf 9 000 Euro,
- Anhebung des Kinderfreibetrags von jetzt 4 716 Euro um 72 Euro auf 4 788 Euro,
- Anhebung des monatlichen Kindergeldes um 2 Euro; für das 1. und 2. Kind von jetzt 192 Euro auf 194 Euro, für das 3. Kind von jetzt 198 Euro auf 200 Euro, für das 4. und jedes weitere Kind von jetzt 223 Euro auf 225 Euro,

- Anhebung des Unterhaltshöchstbetrags (§ 33a EStG) entsprechend der Anhebung des Grundfreibetrags von jetzt 8 820 Euro um 180 Euro auf 9 000 Euro,
  - Ausgleich der „kalten Progression“ durch Verschiebung der übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs um die geschätzte Inflationsrate des Jahres 2017 (1,65 Prozent) nach rechts,
  - Anhebung der Grundzulage für geförderte private Altersvorsorgeverträge (Riester) von 154 Euro auf 175 Euro,
  - Anhebung des steuerfreien Höchstbetrags in der kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung von 4 Prozent auf 8 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung.
- Bezüglich des Kindergeldes ist zu beachten, dass Kindergeld nur noch für höchstens 6 Monate rückwirkend beantragt werden kann (bisher 4 Jahre). Riester-Sparer sollten daran denken, die Beitragszahlung anzupassen, wenn sich ihre Einkommens- und Familienverhältnisse ändern. Denn um die volle Zulagenförderung zu erhalten, muss der unmittelbar Begünstigte in dem Beitragsjahr den erforderlichen Min-

desteigenbeitrag erbringen. Die erhöhte Zulage wird erstmals für das Beitragsjahr 2018 gezahlt, die Gutschrift erfolgt jedoch erst nach Ablauf des Beitragsjahres und damit frühestens 2019.

## Verbesserungen in der Altersvorsorge

Im Bereich der Altersvorsorge treten weitere Verbesserungen in Kraft. Ist der monatliche Rentenanspruch bei einem Riester-Vertrag sehr gering, hat der Anbieter das Recht, diesen Rentenanspruch mit einer Einmalzahlung zu Beginn der Auszahlungsphase abzufinden (sog. Kleinbetragsrentenabfindung). Diese Einmalzahlung wird ab dem 1. Januar 2018 ermäßigt besteuert (entsprechende Anwendung der sog. „Fünftelregelung“). Außerdem müssen neue zertifizierte Altersvorsorgeverträge ein Wahlrecht vorsehen, ob ein Riester-Sparer die Abfindung seiner Kleinbetragsrente zu Beginn der Auszahlungsphase erhalten möchte oder zum 1. Januar des darauffolgenden Jahres. Eine Verschiebung kann sich auszahlen, wenn die übrigen Einkünfte im Folgejahr geringer sind.

Einkommen aus zusätzlicher Altersvorsorge wird bei der Berechnung der Grund-

sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht mehr voll angerechnet: Künftig wird ein monatlicher Sockelbetrag von 100 Euro aus zusätzlicher Altersvorsorge nicht auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet. Ist die Riester-Rente höher als 100 Euro, ist der übersteigende Betrag zu 30 % anrechnungsfrei. Insgesamt ist der Freibetrag auf 50 % der Regelbedarfsstufe 1 (dies entspricht 2018 einem Betrag von 208 EUR) begrenzt. Der Freibetrag ist ein wichtiges Signal, dass sich die zusätzliche Altersvorsorge in jedem Fall lohnt.

Auch in der betrieblichen Altersversorgung besteht die Möglichkeit, die Riester-Förderung in Anspruch zu nehmen. Leistungen aus der so geförderten betrieblichen Altersversorgung unterliegen in der Auszahlungsphase künftig nicht mehr der Beitragspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung. Bislang unterlagen bei der betrieblichen Altersversorgung mit Riester-Förderung sowohl die Einzahlungen als auch die daraus resultierenden Leistungen dieser Beitragspflicht. Diese sog. „Doppelverbeitragung“ ist abgeschafft.

### Maßnahmen gegen Steuervermeidung

Ab 2018 können internationale Konzerne Ausgaben für die Überlassung von Rechten (zum Beispiel Patente, Lizenzen) in Deutschland steuerlich nur noch beschränkt berücksichtigen, wenn die Zahlungen im Ausland im Rahmen schädlicher Präferenzregime (so genannte „IP-Boxen“, „Lizenzboxen“ oder „Patentboxen“) nicht oder niedrig besteuert werden. Unter Präferenzregime versteht man eine von der Regelbesteuerung abweichende Besteuerung im Ausland. Die Regelung knüpft an die Vereinbarungen der Staaten des G20/OECD-Projekts gegen „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) im Kampf gegen Steuervermeidung und Steuergestaltung an.

### Maßnahmen gegen Steuerbetrug

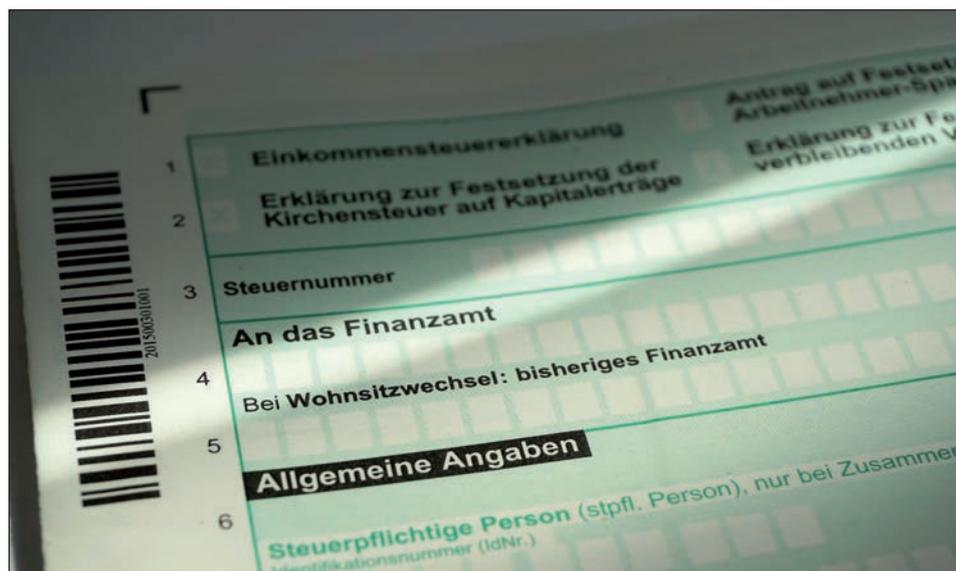
Ab dem Jahr 2018 kann ein Amtsträger der Finanzbehörde unangekündigt eine Kassen-Nachschau durchführen. Damit besteht ein deutlich erhöhtes Entdeckungsrisiko, sollten die Kassenaufzeichnungen manipuliert worden sein. Denn aufgrund der fortschreitenden Technisierung ist es heutzutage möglich, dass digitale Grundaufzeichnungen, z. B. in elektronischen Registrierkassen, unerkant gelöscht oder geändert werden können. Sofern Feststellungen Anlass geben, kann ohne vorherige Prüfungsanordnung zu einer Außenprüfung übergegangen werden.

### Rechtsrahmen für Zahlungsdienste

Im Bereich der Zahlungsdienste treten ab dem 13. Januar 2018 Maßnahmen mit dem Ziel in Kraft, den Rechtsrahmen für Zahlungsdienste an den technologischen Fortschritt anzupassen, die Sicherheit von Zahlungen zu verbessern und die Rechte der Kundinnen und Kunden bei der Nutzung von Zahlverfahren zu stärken. So werden Drittdienstleister (sogenannte „Zahlungsauslösedienstleister“ und „Kontoinformationsdienstleister“) dem Aufsichtsregime der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt. Sie erbringen Zahlungsdienste für Verbraucher oder Unternehmen auf der Grundlage des Zugangs zu ausgewählten Kontoinformationen – sofern der Kontoinhaber einwilligt – und müssen besondere Sicherheitsanforderungen – vor allem an IT- und Datensicherheit – erfüllen. Des Weiteren erfordern künftig bestimmte Vorgänge im elektronischen Zahlungsverkehr eine sogenannte „starke

Kundenauthentifizierung“, das bedeutet eine Legitimation über zwei Komponenten wie Karte und PIN.

Bereits seit Ende 2014 gibt es die sog. PRIIPs-Verordnung für verpackte Anlageprodukte. „PRIIPs“ ist die Abkürzung für „Packaged Retail and Insurance-based Investment Products“ und als „verpackt“ gelten Produkte, die das Geld der Kunden indirekt am Kapitalmarkt anlegen oder deren Rückzahlungsanspruch in sonstiger Weise an die Wertentwicklung bestimmter Papiere oder Referenzwerte gekoppelt ist. Um mehr Transparenz für die Verbraucher zu schaffen, ist ab 2018 allen Kleinanlegern, die sich über ein solches Produkt informieren möchten, ein einheitliches Basisinformationsblatt zur Verfügung zu stellen. Die Informationen umfassen die wichtigsten Merkmale der jeweiligen Produkte, insbesondere deren Risiken und Kosten. Durch die Standardisierung der Informationen wird die Vergleichbarkeit der Produkte erhöht. ■



### Fazit:

Auch wenn diese Neuregelungen nicht automatisch für jedermann zu einem Steuerspareffekt führen, wird man sich auf diese Änderungen einstellen müssen. Was sich der Steuergesetzgeber ansonsten noch im Laufe der Legislaturperiode an steuerlichen Änderungen einfallen lassen wird, bleibt abzuwarten.

### Rückfragen:

RA Arnd Lackner, Fachanwalt für Steuerrecht und für Handels- und Gesellschaftsrecht  
WAGNER webvocat® Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Großherzog-Friedrich-Str. 40, 66111 Saarbrücken  
Tel.: +49 (0) 681-95 82 82-0, Fax: +49 (0) 681-95 82 82-10  
E-Mail: wagner@webvocat.de, www.webvocat.de

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.



# Beraternetzwerk.de: Zusammenarbeit intensiviert

Die Kooperation zwischen dem BDS NRW/BVMU und dem Beraternetzwerk erreicht ein neues Stadium. Im ersten Quartal 2018 wurden vier neue Repräsentanten des BDS/BVMU aus dem Kreis der Netzwerk-Partner in ihr Amt eingeführt. Rita Seiler vom BDS NRW/BVMU überreichte symbolisch ein erstes Schild, das zukünftig die Geschäftsräume der Repräsentanten zieren soll.

Die Repräsentanzen verteilen sich über das Land NRW. Susanne Lücke ist zusammen mit Claus Heitzer für den Be-

reich Mittlerer Niederrhein zuständig, Jo Vorstadt für den Bereich Köln-Bonn und Alexander Fillers für OWL.

Die Repräsentanten sollen Kontakt zu den in ihrem Einzugsbereich ansässigen BDS- und BVMU-Mitgliedern aufnehmen, sie betreuen, den gegenseitigen Erfahrungsaustausch fördern und natürlich auch neue Mitglieder werben. In jeder Region findet noch im 2. Quartal 2018 jeweils eine erste Veranstaltung statt. Ein interessantes Thema wird zur Diskussion gestellt. Dem Gespräch miteinander wird daneben ausreichend Raum gegeben.

Das Beraternetzwerk hat seinen Sitz in Mönchengladbach. Ihm gehören bundesweit zirka 65 selbständige Berater an, die mit ihren individuellen Kenntnissen und Erfahrungen alle Bereiche des mittelständischen Unternehmers abdecken. Es sind durchweg Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung, die aus eigenem Handeln wissen, was einen vernünftigen Lösungsweg für die alltäglichen, aber auch für die besonderen Probleme ausmacht. Der Schwerpunkt des Netzwerks liegt in NRW. Daher bot sich die Kooperation mit dem BDS/BVMU geradezu an. ■

## Ihre Ansprechpartner in den neuen Repräsentanzen:

**Alexander Fillers, Repräsentanz OWL, Kerkenbrock 26a, 33824 Werther**

Tel.: 05203 / 91 85 51, Mail: alexander.fillers@bvmu.de

**Susanne Lücke, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein**

Im Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138, 41066 Mönchengladbach

Tel.: 02161 / 60 11 00, Mail: susanne.lücke@bvmu.de

**Claus Heitzer, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein**

Im Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138, 41066 Mönchengladbach

Tel.: 02161 / 63 32 37, Mail: claus.heitzer@bvmu.de

**Jo Vorstadt, Repräsentanz Köln/Bonn,**

Gut Groß-Mönchhof 2, 50129 Bergheim

Tel.: 02183 / 20 54 81 5, Mail: jo.vorstadt@bvmu.de



# BDS.

## Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

# Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: [www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de).

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: [info@bds-dgv.de](mailto:info@bds-dgv.de)

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Vorname/Nachname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail/Telefon

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift

# Neuer Service: Telekommunikation 4.0

Schrader & Trojan bietet  
BDS-Mitgliedern maßgeschneiderte  
Telefon- und Internetlösungen



**M**oderne Kommunikation in Unternehmen erleichtert die Arbeit von Management und Mitarbeitern. Die Nachfrage nach maßgeschneiderten Telekommunikationslösungen im Zeitalter von Wirtschaft 4.0 steigt stetig an. Doch die Suche nach dem individuellen Konzept ist angesichts der zahlreichen Kommunikationsanbieter unübersichtlich.

Hier hilft das 21-köpfige Team von Schrader&Trojan aus Dortmund gerne weiter.

Der Komplett-Dienstleister für mobile Kommunikation, Festnetztelefonie, Navigation und Flottentelematik zählt zu den Spezialisten der Branche. Seit über 60 Jahren ist das Unternehmen am Markt und pflegt mit seinen Kunden oftmals jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen.

„Wir analysieren den Bedarf unserer Kunden. Wir beraten zielorientiert. Und wir suchen anschließend aus dem Angebotsportfolio von TELEKOM, VODAFONE oder O2 die optimalen Tarife und Konditionen aus“, sagt Geschäftsführer Andreas Trojan. Dabei kommt das umfangreiche und langjährige Expertenwissen über Rahmenverträge zum Tragen, mit dem Schrader&Trojan quasi die Rolle eines Consultants im Auftrag des Kunden

übernimmt. Bei der notwendigen Analyse werden die Rechnungen des Kunden, das Gesprächsverhalten der Mitarbeiter und das benötigte Datenvolumen untersucht.

Als zusätzlichen Service bieten die Spezialisten an, vor Ablauf der zumeist 24-monatigen Mobiltarifverträge nach zeitgemäßen Folgetarifen zu suchen.

Das Knowhow des Business-Partners ist für den Kunden bares Geld wert.

## **Integration von Festnetz und Mobilkommunikation**

„Natürlich kombinieren wir auch standortübergreifend Festnetz, Internet und Mobilfunk“, erklärt Festnetz Fachberater Erik Kastel. „Wir helfen bei der Suche nach optimalen Tarifen rund um Glasfaser- oder Standleitungen und beraten unsere Kunden bei der Umstellung auf neue Technik.“ So stelle die Telekom bis Ende kommenden Jahres ihr ISDN-Netz auf internetbasierte All-IP-Technik um. Dies bedeutet für jeden Gewerbebetrieb, dass er sich mit diesem Thema beschäftigen muss! „Wir übernehmen auf Kundenwunsch die Umstellung“, sagt Kastel.

Zusätzlich liefert das Unternehmen die jeweils nötige Hardware und plant, baut und-

programmiert Telefonanlagen für kleine und mittlere Unternehmen.

## **Telematik für Fahrzeugflotten – Treibsatz Ihrer Effizienzsteigerung**

Ein weiteres Standbein ist die Telematik und Navigation. Die modernen Lösungen von TOMTOM Telematics helfen, Routenplanungen zu erstellen und Leerfahrten zu verhindern. Nutznießer sind insbesondere Transport-, Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. „Die Disponenten können außerdem die Stand- und Ladezeiten ermitteln und wissen jederzeit, wo sich das Fahrzeug gerade befindet. Zusätzlich erhalten die Fahrer alle wichtigen Informationen über optimale Fahrtroute und Auftragsdetails“, erklärt Produktspezialist Stephan Mühlbrandt. Die Lieferung und Montage der notwendigen Technik geschieht auf Wunsch auch beim Kunden vor Ort, was für diesen wiederum sehr rationell und wirtschaftlich ist. Und auch in diesem Geschäftsbereich gilt für Andreas Trojan: „Bei allen Fragen stehen wir persönlich zur Verfügung und für eine optimale Beratung gerade. Unsere Kunden haben langfristige, konstante, freundliche und kompetente Ansprechpartner.“



Wollen Sie auf modernere  
Kommunikationstechnik  
umsteigen und dabei  
noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen  
gerne dabei!

**Systemhaus für Telekommunikation**

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund  
Telefon: 0231-950170 · [www.schrader-trojan.de](http://www.schrader-trojan.de)  
E-Mail: [info-bds@schrader-trojan.de](mailto:info-bds@schrader-trojan.de)



# Unser exklusives Top-Angebot: Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin

## Die euroShell Card von FLEETCOR spart BDS-Mitgliedern Zeit und Geld

Die Firma FLEETCOR ist ein unabhängiger, globaler Anbieter von speziellen Zahlungslösungen und -dienstleistungen wie Tankkarten, Essenskarten, Unternehmenskarten für vergünstigte Hoteltarife und weitere spezielle Beahldienste für Unternehmen in der ganzen Welt. Insgesamt nutzen mehr als 500 000 Kunden die Services und Leistungen von FLEETCOR.

Die Dienstleistungen reichen von der Transaktionsabwicklung bis zum kompletten Programm-Management. Die eigenen Plattformen, Programme und Infrastrukturen sind anpassungsfähig und skalierbar. So lassen sich die Anforderungen einer breiten Palette unterschiedlicher Partner erfüllen.

In Mittel- und Westeuropa vertritt und betreibt FLEETCOR mit einem internationalen Team aus über 400 Mitarbeitern die „euroShell Card“, die Tankkarte, mit der kleine und mittelständische Unternehmen sicher und bargeldlos alle Transaktionen rund um ihre Firmenfahrzeuge abwickeln können.

### Der Bezahlstandard an der Tankstelle

Mit der euroShell Card können Kraft- und Schmierstoffe, aber auch alle Leistungen rund um Wartung und Pflege der Fahrzeuge abgewickelt werden. Darüber hinaus lassen sich nach Bedarf Getränke und Snacks sowie Maut und Fähren mit der Karte bezahlen. Neben der Kaufabwicklung ist die zentrale Verwaltung der Fahrzeuge, die Kosten und Rabatte auf einer Rechnung ausweist, zentraler Bestandteil des Produktes.

### So funktioniert die euroShell Card

Der Unternehmer bestellt für jedes Firmenfahrzeug eine Tankkarte. Er oder seine Mitarbeiter können damit alle Bezahlvorgänge an der Tankstelle schnell und bargeldlos bestreiten. Ein zuvor festgelegter Wunsch-Pin garantiert sicheren Transfer. Am Ende des Monats erhält das Unternehmen per Post, E-Mail oder im Online-Account eine Sammel-



Altan Cörekci, FLEETCOR Partnermanager

rechnung, die alle Positionen aufstellt und die Mehrwertsteuer bereits für die Rückerstattung ausweist. Die Rechnung wird nach vereinbarter Fälligkeit beglichen und geht direkt an die Buchhaltung oder den Steuerberater. Damit werden alle Kasseneinzelbelege sowie deren Organisation überflüssig.

Das Tankstellennetzwerk umfasst in Deutschland zirka 2 200 Shell-Stationen und weitere 2 800 Partner-Tankstellen (Total, Esso und AVIA). In ganz Europa wird die euroShell Card an 25 000 Tankstellen akzeptiert.

Im Online-Portal „Self Serv“ lassen sich Fahrzeuge und Kosten gegenüberstellen. So kann der Verbrauch verglichen und die Kosten auf einen Blick überwacht werden. Welche Karte für welche Zahlvorgänge benutzt werden darf, lässt sich ebenfalls online administrieren.

### Businesspartner für den Mittelstand

Damit ist die euroShell Card mehr als ein Bezahlstandard an der Tankstelle. In der Gesamtheit ihrer Funktionen von der kostenfreien Fahrzeug- und Flottenverwaltung, die Möglichkeit jederzeit ohne Bargeld oder Vorleistung Fahrzeuge betanken und warten zu können und der immensen Zeitersparnis,

die jede Ablage von Einzelbelegen überflüssig macht, ist die euroShell Card für viele Kunden ein unverzichtbar gewordener Businesspartner.

„Viele Kunden bestätigen uns, dass sie früher einen halben Arbeitstag im Monat Tankbelege sortiert, geprüft, verrechnet und abgelegt haben. Bei fünf Firmenfahrzeugen, die zweimal die Woche tanken, sind das ganze fünf Minuten pro Tankbeleg. Das ist Zeit, die Sie sich mit der automatischen Sammelrechnung der euroShell Card ganz einfach sparen. Und wer hätte nicht gerne mehr Freizeit oder Arbeitszeit zur Verfügung?“, erklärt Altan Cörekci, Partnermanager bei FLEETCOR.

### Für jedes Unternehmen das passende Modell

Die Tankkarte lohnt sich bereits ab dem ersten Fahrzeug. Je nachdem, ob sich ein Kunde mit seinen Fahrzeugen mehr in der Heimatregion, deutschlandweit oder international bewegt, bietet FLEETCOR unterschiedliche Modelle an. Dabei ist FLEETCOR in der Lage, Rabatte von bis zu 5 Cent pro Liter an seine Kunden auszuschütten. Ungewöhnlich für den deutschen Markt ist dabei, dass Rabatte nicht nur auf Diesel, sondern auch auf Benzin eingeräumt werden. Wer noch etwas Gutes für die Umwelt tun möchte, kann automatisch ein Prozent des Netto-Umsatzes dem „Clean Advantage-Programm“ von Shell zukommen lassen.

In diesem Rahmen unterstützt FLEETCOR viele Initiativen und Projekte, die sowohl regional als auch weltweit das in der Atmosphäre vorkommende CO<sub>2</sub> reduzieren. ■

### Rückfragen:

FLEETCOR Deutschland GmbH  
Frankenstraße 150c  
90461 Nürnberg  
Altan Cörekci  
Partnermanager  
altan.coerekci@fleetcor.de

## euroShell Card – Kontaktformular

Telefax: 0911 92 35 01 35 | [kundewerden@fleetcor.de](mailto:kundewerden@fleetcor.de)

Vor- und Nachname \*

Firmenname\*

Anschrift\*

Telefonnummer\*

E-Mail-Adresse\*

Mitgliedsnummer

Aktionscode\*

Anzahl PKW / LKW

Verbrauch Liter / Monat

Unterschrift

Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung und Verwendung der angegebenen Daten und stimme einer Nutzung zum Zwecke der Kontaktaufnahme im Rahmen meines Interesses an einer Tankkarte durch die FleetCor Deutschland GmbH und Ihren Geschäftspartnern zu. Ich erkläre mich sowohl der telefonischen Kontaktaufnahme wie auch der Kontaktaufnahme per Brief und E-Mail zum Zwecke der Beratung und Marketing bereit.



TOYOTA

NICHTS IST  
UNMÖGLICH



## DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen für bezugsberechtigte Mitglieder des Bundesverbandes der Selbständigen.**

# BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business Plus**

**0,- €\***

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA SERVICE LEASING**

**290 €\*** Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €\*\*\***  
(Wartung und Verschleißreparaturen).

### AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

\*Unser Toyota Service Leasing Angebot<sup>1</sup> für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.

Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

<sup>1</sup> Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. **Überführung.** Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.